

## Pressemitteilung

### Baugenehmigungen steigen – trotz Marktunsicherheit

Aufwärtstrend im Februar 2026 sollte durch einen Bau-Turbo II unterstützt werden

16/26  
Berlin, 17.04.2026

Für den Februar 2026 meldete das Statistische Bundesamt im Vergleich zum Vorjahresmonat ein Genehmigungsplus bei Wohn- und Nichtwohngebäuden (Neu- und Umbau) von 24,1 Prozent bzw. 22.200 Wohnungen. Auch der Aufwärtstrend bei den Genehmigungen für den Neubau von Mehrfamilienhäusern setzte sich mit rund 11.400 genehmigten Wohnungen bzw. + 18,0 Prozent gegenüber Februar 2025 fort. In den ersten beiden Monaten des Jahres wurden 41.700 Wohnungen in neuen und bereits bestehenden Gebäuden genehmigt. Damit ergibt sich ein Plus von 16,2 Prozent.

„Zum Jahresstart waren wir für den Wohnungsbau optimistisch gestimmt. Wir hoffen, dass sich der Aufwärtstrend fortsetzt, allerdings wirkt sich der Irankrieg bereits jetzt schon teilweise negativ aus. Und zwar nicht nur preissteigernd auf Benzin, Diesel und Bitumen, sondern er führt auch dazu, dass sich die Produktion besonders energieintensiver Baumaterialien verteuert. Im Wohnungsbau entfallen immerhin 22 Prozent des Bruttoproduktionswertes auf den Materialverbrauch. Auch in den Bauzinsen, die sich an den zehnjährigen Bundesanleihen orientieren, wird die aktuell hohe Marktunsicherheit eingepreist.“ Mit diesen Worten kommentiert der Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, Tim-Oliver Müller, die heute vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Baugenehmigungszahlen für den Februar 2026.

„Auch wenn die Baugenehmigungen zaghaft steigen, ist dies kein Automatismus dafür, dass mehr gebaut wird. Viele Bauherren nutzen zwar die Möglichkeit, endlich eine Genehmigung zu erlangen. Nach wie vor hohe Kosten, Auflagen und Bürokratie stehen einem tatsächlichen Baubeginn aber nach wie vor entgegen. Die Bundesregierung ist deshalb weiterhin aufgefordert zu handeln. Hierfür sollte schnell ein Bau-Turbo II aufgelegt werden, der sich insbesondere um die Verbesserung der Finanzierungsmöglichkeiten am Bau konzentriert. Bestandteile sollten sowohl eine Sonderabschreibung für EH55-Gebäude als auch eigenkapitalunterstützende Darlehen sein. Dann wäre ein Schub noch in dieser Legislaturperiode möglich“, so Müller abschließend.